

**Antrag**

**der Fraktion der SPD**

**StM  
FM  
MWK**

**Errichtung eines NS-Dokumentationszentrums für Württemberg und Baden in der Landeshauptstadt Stuttgart**

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen

zu beschließen,

1. die Errichtung eines NS-Dokumentationszentrums im neuen Quartier am Stuttgarter Karlsplatz zu unterstützen und gemeinsam mit der Landeshauptstadt aktiv voranzutreiben;
2. einen wissenschaftlichen Beirat zu berufen und damit zu beauftragen, zusammen mit den zuständigen Gremien von Land und Stadt, den zuständigen Institutionen sowie unter Beteiligung engagierter Bürgerinnen und Bürger ein wissenschaftlich fundiertes Konzept für ein NS-Dokumentationszentrum in Stuttgart zu erarbeiten und dabei insbesondere folgende Eckpunkte zu berücksichtigen:
  - a) das NS-Dokumentationszentrum als Gedenk-, Lern- und Forschungsort ist mit dem authentischen Ort der ehemaligen württembergischen Gestapo-Zentrale „Hotel Silber“ in der Dorotheenstraße 10 zu verbinden;
  - b) in dem NS-Dokumentationszentrum ist neben der Stadtgeschichte Stuttgarts während der NS-Zeit vor allem die NS-Vergangenheit der Länder Baden und Württemberg mit ihren staatlichen und politischen Strukturen (Regierung, Verwaltung, Polizei, Justiz, Sondergerichte in Mannheim und Stuttgart) sowie deren Beitrag zu den Verbrechen des NS-Staates zu dokumentieren und anschaulich zu präsentieren;
  - c) für dieses Dokumentationszentrum als einem offenen und lebendigen Ort des Erinnerns, des Lernens und der Information über die NS-Geschichte im Südwesten, seine Strukturen, Herrschaftsmechanismen und die grausamen Folgen sind etwa 2.000 qm Fläche in dem neuen Gebäudekomplex an der Dorotheenstr. 10 vorzusehen;
  - d) es ist sicherzustellen, dass ein neues zentrales NS-Dokumentationszentrum in der Landeshauptstadt nicht zu Lasten der dezentralen Gedenkstätten im Land finanziert wird, die finanzielle Förderung dieser ohnehin unzureichend geförderten und oft ehrenamtlich betreuten dezentralen Gedenkstätten vielmehr verbessert wird.

23.03.2010

Schmiedel, Dr. Schmid, Stickelberger, Braun und Fraktion

Begründung:

Bei der Präsentation der Ergebnisse des Preisgerichts zum Projekt Quartier am Karlsplatz am 4. März 2010 haben Landesregierung und Landeshauptstadt betont, dass die Pläne im Hinblick auf die NS-Vergangenheit des ehemaligen „Hotel Silber“ als württembergischer Gestapo-Zentrale überarbeitet werden müssen.

Der dazu von Stadt und Land angekündigte besondere Gestaltungswettbewerb muss aus Sicht der SPD dazu genutzt werden, zusätzlich zu dem bisher vorgesehenen und von zahlreichen Initiativen als unzureichend kritisierten Gedenkort „Hotel Silber“ die Errichtung eines NS-Dokumentationszentrums einzuplanen.

Es ist an der Zeit, das NS-System und die Scheinlegalität der Landesregierungen bzw. Landesverwaltungen im Südwesten während der Nazi-Zeit und deren aktiven oder passiven Beitrag zum NS-Terror endlich detailliert zu erforschen und am authentischen Ort zu dokumentieren. Bisher jedenfalls gibt es dazu in Baden-Württemberg viel zu wenig systematische Forschungsarbeit. Vorbild für ein solches NS-Dokumentationszentrum in Stuttgart könnte das viel gelobte NS-Dokumentationszentrum in Köln sein, das nach den Initialen seines Erbauers sogenannte EL-DE-Haus.

In einem NS-Dokumentationszentrum in der Landeshauptstadt muss nach Ansicht der SPD auch das Weiterwirken herausgehobener NS-Größen aus dem Südwesten – führender Exekutoren des NS-Unrechts – nach 1945 in der Landesverwaltung weiter erforscht und für Besucherinnen und Besucher einprägsam aufbereitet werden, wie dies beispielhaft und ausschließlich auf ehrenamtlicher Basis in dem engagierten Buch „Stuttgarter NS-Täter“ begonnen wurde.

Die Arbeit des zentralen NS-Dokumentationszentrums muss nach Ansicht der SPD zudem mit den zahlreichen dezentralen Gedenkstätten im Land vernetzt werden.

Die Darstellung staatlichen Handelns im NS-Staat – wie etwa des menschenverachtenden Euthanasieprogramms in Baden und Württemberg unter der Verantwortung der beiden Innenministerien – in einem zentralen Dokumentationszentrum in der Landeshauptstadt ist mehr als nur angemessene Erinnerung.

„Die Besinnung auf die Opfer des Nationalsozialismus verweist notwendigerweise auch auf die Täter und Täterinnen“, heißt es in dem Buch „Stuttgarter NS-Täter“. Diese Besinnung kann und soll dazu beitragen, die individuelle Verantwortlichkeit für die Mitarbeit im totalitären Verbrechensstaat des NS-Regimes herauszuarbeiten, um so zugleich die Bereitschaft zu fördern, sich als Staatsbürgerin und Staatsbürger aktiv und mutig für die Demokratie und die grundlegenden Prinzipien des demokratischen und sozialen Rechtsstaates einzusetzen.